

Niederschrift

über die Sitzung (Etat) (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung
am Mittwoch, **23.11.2011**, 17:17 Uhr - 19:52 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Peter Frings, Richard-Michael Halberstadt, Franziskus-Pius Graf von Merveldt (ab 17:21 Uhr), Karin Reismann, Markus Schiermann, Florian Steinforth (bis 19:49 Uhr), Peter Wolfgarten,

von der SPD-Fraktion

Beanka Ganser, Elke Haves-Cloppenburg, Thomas Kollmann, Dr. jur. Thorsten Kornblum (bis 19:19 Uhr), Falko Rickes (ab 19:19 Uhr), Maria Winkel,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Dr. Petra Dieckmann, Dirk Guddorf (ab 17:21 Uhr), Dr. Brigitte Hasenjürgen, Harald Wölter (ab 18:00 Uhr),

von der FDP-Fraktion

Gisela Geschkewitz, Dietmar Uhlenbrock,

von der Fraktion DIE LINKE.

Joachim Bruns,

Sachkundige Einwohner/innen

Michael Hartleif, Otmar Knüvener, Dr. Gabriele Peus-Bispinck,

von der Verwaltung

Christine Adams, Dagmar Arnkens-Homann, Ralf Bierstedt, Felix Graf von Plettenberg, Barbara Hamisch, Burkhard Hülsmann, Susanne Jostameling, Jochen Köhnke, Heinz Lembeck, Thomas Paal, Ines Pietsch, Gabriele Regenitter, Dr. Anna Ringbeck, Jürgen Rump, Dr. med. Norbert Schulze Kalthoff, Helga Sonntag, Michael Willamowski,

für die Schriftführung

Frank Treutler,

Es fehlten:

Gilbert Aldejohann (abgemeldet), Birgit Edler (abgemeldet), Yildirim Eroglu (abgemeldet), Gise-la Holtz (abgemeldet), Martin Schofer (abgemeldet), Barbara Stober (abgemeldet), Dieter von den Berg (abgemeldet),

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die Sitzung (Etat) (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung am 23.11.2011

Tagesordnung

1. Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Eingänge und Mitteilungen
 - 3.1. Eingänge
 - 3.2. Mitteilungen
4. Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses
5. Bildungs- und Teilhabepaket
6. Information des Jobcenters Münster
7. Haushaltsplan 2012 sowie Ergebnis- und Finanzplanung bis 2015 sowie Anregungen/Sparvorschläge der Bürgerinnen und Bürger zum Haushalt 2012
8. Angebote des Amtes für Schule und Weiterbildung im Übergang Schule - Beruf und Lebenslanges Lernen
9. Maßregelvollzug in Nordrhein-Westfalen
10. Flüchtlinge in Münster - zum Stand des Münsteraner Flüchtlingskonzepts / Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL vom 07.07.2011
11. Abschluss öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen mit dem Kreis Recklinghausen und der Stadt Düsseldorf zur Übertragung der Erteilung der allgemeinen Heilpraktikererlaubnis und der eingeschränkten Heilpraktikererlaubnisse in den Bereichen Psychotherapie und Physiotherapie

V/0514/2011
IV

V/0829/2011
V

V/0570/2011
V

V/0351/2011
V

V/0721/2011
V

12. Organspende rettet Leben - Münster unterstützt Organspende
13. Verschiedenes

Frau Ganser eröffnete um 17:17 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßte die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie die einiger Träger. Frau Ganser hieß ferner Herrn Dehling vom Institut für Politikwissenschaft und Studierende der WWU als Zuhörerinnen und Zuhörer der Sitzung willkommen. Sie verlieh ihrer Freude Ausdruck, dass Herr Steinforth nach längerer krankheitsbedingter Verhinderung an der Sitzung teilnehmen könne.

Punkt 1 der Tagesordnung	Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder
---------------------------------	--

Mitglieder, die zu verpflichten gewesen wären, waren nicht anwesend.

Punkt 2 der Tagesordnung	Festsetzung der Tagesordnung
---------------------------------	-------------------------------------

Die Tagesordnung wurde wie vorgesehen festgesetzt.

Punkt 3 der Tagesordnung	Eingänge und Mitteilungen
---------------------------------	----------------------------------

Punkt 3.1 der Tagesordnung	Eingänge
-----------------------------------	-----------------

Keine.

Punkt 3.2 der Tagesordnung	Mitteilungen
-----------------------------------	---------------------

- 3.2.1** Herr Stadtrat Paal teilte mit, dass nach einer Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) vom 16.11.2011 das MuM (Mütterzentrum und Mehrgenerationenhaus) zu den 450 Mehrgenerationenhäusern gehöre, die im weitergeführten Bundesprogramm für die Jahre 2012 bis 2014 mit einem jährlichen Zuschuss von 40.000 € gefördert werden, davon aus Mitteln des Bundes und des Europäischen Sozialfonds (ESF) pro Haus 30.000 €, 10.000 € seinen aus kommunalen Mitteln beizusteuern. Das Mehrgenerationenhaus der Apostelkirchengemeinde werde dagegen im Rahmen der Folgeauflage des Aktionsprogramms Mehrgenerationenhaus ab 2012 nicht mehr gefördert. Herr Stadtrat Paal erinnerte an den Ratsbeschluss vom 13.07.2011, die Bewerbungen beider Häuser zu unterstützen und kommunale Eigenmittel von jeweils 10.000 € zugesagt.
- 3.2.2** Bezug nehmend auf Herrn Uhlenbrocks Frage vom 12.10.2011 berichtete Herr Treutler, dass an Inhaberinnen und Inhaber des Münster-Passes in den Monaten Januar bis September d. J. 100 Jahres- und 5 Freibadsaisonkarten (jeweils Einzel- und Familienkarten

zusammen), 346 Einzeleintrittskarten sowie 413 Eintrittskarten in die Sole im Ostbad an Besucherinnen und Besucher mit Münster-Pass ausgegeben worden seien. Die Zahl der an Münster-Pass-Berechtigte verkauften Bonuskarten sei technisch nicht möglich. Insgesamt seien im Erhebungszeitraum 4.976 Eintritte mit dem Münster-Pass festgehalten worden. Aufgrund der genannten Verkaufszahlen beziffere das Sportamt Mindereinnahmen auf 9.598,30 €. Herr Treutler stellte in Aussicht, die Frage des Sportamts nach möglichen Ausgleichszahlungen aus dem Programmbudget des Münster-Passes mit Hinweisen auf die Beschlusslage und auf die weiteren städtischen Vergünstigungen, für die keine Ausgleichszahlungen gewährt werden, nicht aufzugreifen.

Den aktuellen Überblick über die Mittelabflüsse hatten die Mitglieder zur Sitzung erhalten.

- 3.2.3** Herr Willamowski bejahte Frau Gansers Frage vom 12.10.2011, ob die LAG Selbsthilfe NRW für eine in den Gehwegbereich hineinragende Rampe Gebühren zu entrichten habe. Das Nutzungsentgelt sei aufgrund eines Gestattungsvertrags zwischen den Hauseigentümern und der Stadt zu zahlen und belaufe sich auf jährlich 124,24 €; die LAG als Mieterin leiste das Nutzungsentgelt aufgrund einer Zusatzvereinbarung zum Mietvertrag. Nach Intervention durch Frau Haves-Cloppenburg (SPD) habe das städtische Tiefbauamt die LAG jedoch zwischenzeitlich wissen lassen, dass auf das Entgelt künftig verzichtet werde.
- 3.2.4** Herr Willamowski verwies auf den zur Sitzung versandten Controllingbericht des Sozialamts vom Oktober 2011 (Finanzentwicklung und Prognose bis Jahresende 2011).
- 3.2.5** Frau Regenitter berichtete, dass Münster aufgrund einer aktualisierten Bewertung anders als noch zwei Jahre zuvor jetzt als Stadt mit hohem Bedarfsniveau im Mietwohnungsmarkt ausgewiesen ist, sodass im Segment „Mietwohnraumförderung“ mit einem erhöhten Förderbudget im kommenden Jahr gerechnet werden könne. Ihre Hinweise sind der Niederschrift beigelegt - **Anlage 1**.
- 3.2.6** Frau Regenitter ließ den Ausschuss wissen, dass die Landesregierung NRW zurzeit die Wiedereinführung einer Kündigungssperrfristverordnung vorbereite; mit ihr könne bei Umwandlung einer Miet- in eine Eigentumswohnung die Kündigungsfrist für Mietverträge, die gem. § 577a BGB drei Jahre betrage, wegen Eigenbedarfs oder Hinderung wirtschaftlicher Verwertung in Gebieten mit knappem Mietwohnungsangebot verlängert werden. Der jüngst vorgestellte Verordnungsentwurf sehe für Münster, wie u. a. auch für die Städte Köln, Düsseldorf und Bonn, eine achtjährige Kündigungsfrist vor. Zurzeit finde die Verbändeanhörung statt, sodass der endgültige Regelungsinhalt und der Zeitpunkt des Inkrafttretens augenblicklich noch nicht abzusehen seien. Frau Ganser bedankte sich für die engagierte Arbeit von Frau Regenitter für die erfolgreiche Vertretung der wohnungspolitischen Interessen der Stadt Münster.
- 3.2.7** Herr Stadtrat Paal informierte den Ausschuss über die Schwerpunktthemen der gemeinsamen Sitzung der Gesundheits- und der Pflegekonferenz am 16.11.2011: Abgesehen von Informationen über den aktuellen Stand des Aktionsbündnisses Schmerzfreie Stadt hätten sich beide Gremien mit der ärztlichen Versorgung in stationären Einrichtungen sowie einem Entlassungs- und Überleitungsmanagement befasst; zur Vertiefung der beiden letzten Themen sei jeweils eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden.

Punkt 4 der Tagesordnung

Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Keine.

Punkt 5 der Tagesordnung**Bildungs- und Teilhabepaket**

Herr Willamowski verwies auf die zur Sitzung versandte Statistik (Stand: 31.10.2011).

Punkt 6 der Tagesordnung**Information des Jobcenters Münster**

Herr Bierstedt erläuterte die, den Mitgliedern vorliegenden, Mitteilungen des Jobcenters vom 14.11.2011:

- a) Informationen zu den Eckpunkten des Arbeitsmarktprogramms 2012 sowie
- b) 1. Zielvereinbarung gem. § 48b SGB II mit dem Land NRW
2. lokale Ziele 2012

Zur Mitteilung unter b) wurde vor Beginn der Sitzung eine Ergänzung verteilt.

Herr Bierstedt beantwortete Nachfragen der Mitglieder. Im Zusammenhang mit den Vorbereitungsarbeiten für den Übergang des Jobcenters in die alleinige kommunale Trägerschaft zum Jahreswechsel 2011/2012 bestätigte er, dass die Zahlung der Leistungen an die Berechtigten gewährleistet sei. Frau Haves-Cloppenburg regte an, das Jobcenter möge Integrationsangebote für Menschen mit Hörbehinderung schaffen bzw. bestehende zielgruppenorientiert anpassen; Frau Ganser bat das Jobcenter, Maßnahmen für Menschen mit seelischer Behinderung zu entwickeln.

Punkt 7 der Tagesordnung**Haushaltsplan 2012 sowie Ergebnis- und Finanzplanung bis 2015 sowie Anregungen/Sparvorschläge der Bürgerinnen und Bürger zum Haushalt 2012**

Den Mitgliedern lagen folgende Unterlagen vor:

- Haushaltsplanentwurf 2012,
- Bürgerhaushalt: vom Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung zu beratende Vorschläge (Anlage zur Beschlussvorlage an den Rat V/0532/2011, Anträge Nr. 77, 119, 257, 264 und 443),
- Beschluss des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 22.11.2011 zum Vorschlag Nr. 443 aus dem Bürgerhaushalt,
- Anträge freier Träger zum Haushalt 2012,
- Veränderungsliste (Veränderungsblätter der Verwaltung, November 2011),
- Anträge von Fraktionen zum Etat 2012,
- (Verfahrens-)Hinweise zum TOP „Etatberatungen“,
- Hinweise zum Stichwort „Befangenheit“ sowie die
- Gesamtliste (Liste der Anträge und Veränderungsblätter, Stand: 23.11.2011).

Die Mitglieder verständigten sich auf folgende Absprachen:

- Die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in Zuständigkeit des Ausschusses werden zuerst beraten, anschließend folgt die Beratung des Haushaltsplanentwurfs.
- Die Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne des Haushaltsplanentwurfs werden anhand der Gesamtliste jeweils nach Produktgruppen aufgerufen.

- Anträge Dritter zum Haushalt 2012 sowie Anregungen im Rahmen des Bürgerhaushalts gelten als abgelehnt, wenn sie der Ausschuss nicht aufgreift.
- Sofern Ausschussmitglieder nicht widersprechen bzw. keine Anträge stellen, gelten die Teilergebnispläne bzw. Teilfinanzpläne der jeweiligen Produktgruppe wie im Haushaltsplanentwurf 2012 ausgewiesen, aber unter Einschluss der Veränderungsblätter der Verwaltung als beschlossen.

7.1 Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt

Frau Ganser verwies auf den Beschluss des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 22.11.2011 zum Vorschlag Nr. 443:

„Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU, SPD, GAL und der Fraktion DIE LINKEN gegen die Stimmen der FDP wurde folgender Beschluss gefasst:

Der Vorschlag 443 „Gesundheitsförderung in Grundschulen“ wird abweichend vom Votum der Verwaltung aufgegriffen. Das Amt für Schule und Weiterbildung wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Gesundheitsamt unterstützende Maßnahmen zu entwickeln, mit denen das Antragsanliegen wirksam aufgegriffen werden kann. Dabei soll insbesondere an Grundschulen in Quartieren mit erhöhtem Bedarf Projekte zur Förderung gesunder Ernährung in Abstimmung mit den Schulen initiiert werden. Diese Projekte sollen sowohl die Kinder als auch deren Eltern einbeziehen. Zur Umsetzung des Projekts werden in den Haushaltsjahren 2012 und 2013 jeweils 25.000 Euro bereitgestellt. Bis zur Vorlage eines Konzeptes werden die Mittel mit einem Sperrvermerk versehen. Eine Entsperrung erfolgt durch den Ausschuss für Schule und Weiterbildung.“

Frau Ganser empfahl für den Fall, dass der Ausschuss das Grundanliegen des Vorschlags aufgreift, die Fördermittel in das Budget des Gesundheitsamts einzustellen und den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nach Vorberatung durch den Ausschuss für Schule und Weiterbildung über die Aufhebung des Sperrvermerks entscheiden zu lassen. Nach kurzer Aussprache beschloss der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung mit 17 Fürstimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) und 2 Gegenstimmen (FDP):

Beschluss: Der Vorschlag 443 „Gesundheitsförderung in Grundschulen“ wird abweichend vom Votum der Verwaltung aufgegriffen. Das Gesundheitsamt wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Amt für Schule und Weiterbildung unterstützende Maßnahmen zu entwickeln, mit denen das Antragsanliegen wirksam aufgegriffen werden kann. Dabei sollen insbesondere an Grundschulen in Quartieren mit erhöhtem Bedarf Projekte zur Förderung gesunder Ernährung in Abstimmung mit den Schulen initiiert werden. Diese Projekte sollen sowohl die Kinder als auch deren Eltern einbeziehen. Zur Umsetzung des Projekts werden in den Haushaltsjahren 2012 und 2013 jeweils 25.000 Euro im Budget des Gesundheitsamtes bereitgestellt. Bis zur Vorlage eines Konzeptes werden die Mittel mit einem Sperrvermerk versehen. Eine Entsperrung erfolgt durch den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nach vorheriger Beratung durch den Ausschuss für Schule und Weiterbildung.

Weitere Anträge zu den Vorschlägen aus dem Bürgerhaushalt wurden nicht gestellt. Damit folgte der Ausschuss den Empfehlungen der Verwaltung zu den Vorschlägen 77, 119, 257 und 264.

7.2 Haushaltsplan 2012 sowie Ergebnis- und Finanzplanung bis 2015

7.2.1 Produktgruppe 0116 - Migrations- und Integrationsmanagement (Bd. 1, S. 548-556)

Der Teilergebnisplan der Produktgruppe 0116 wurde wie vorgeschlagen beschlossen.

7.2.2 Produktgruppe 0211 - Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten (Bd. 1, S. 660-666)

Teilergebnisplan und Teilfinanzplan der Produktgruppe 0211 wurden wie vorgeschlagen beschlossen.

7.2.3 Produktbereich 05 - Soziale Leistungen; hier: Ziele (Bd. 2, S. 137)

Für die FDP-Fraktion beantragte Frau Geschkewitz (Nr. 2 der Gesamtliste):

Das Ziel, dass der Anteil der Empfängerinnen und Empfänger existenzsichernder Leistungen nach dem AsylbLG in Münster nicht steigen soll, wird aus dem Zielkatalog gestrichen.

Herr Willamowski entgegnete, dass die Aufzählung der Empfängerinnen und Empfänger existenzsichernder Leistungen nach Rechtskreisen bzw. nach Leistungen in der Formulierung des Ziels 1 nachrichtliche Funktion habe; die bislang noch nicht bezifferte Zielkennzahl zum Ziel 1 umfasse alle Berechtigten existenzsichernder Leistungen.

Frau Geschkewitz zog den Antrag daraufhin zurück.

7.2.4 Produktgruppe 0501 - Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II (Bd. 2, S. 140-149)

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL erläuterte Herr Wölter folgenden Antrag (Nr. 5 der Gesamtliste):

S. 147 - Zeile 11 - Personalaufwendungen					
	Ansatz €		Planung (€)		
	2011	2012	2013	2014	2015
alt	0	12.633.330	12.905.080	13.067.660	13.063.460
neu	0	12.658.330	12.930.080	13.092.660	13.088.460
Differenz	0	25.000	25.000	25.000	25.000
Bemerkungen:					
Arbeitsförderung: gemeinsame Stelle von Stadt und Arbeitsagentur					

Mit 5 Fürstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) und 14 Gegenstimmen (CDU, SPD, FDP) lehnte der Ausschuss den Antrag ab.

Teilergebnisplan und Teilfinanzplan der Produktgruppe 0501 wurden wie vorgeschlagen beschlossen.

7.2.5 Produktgruppe 0502 - Sicherung des Lebensunterhalts (ohne SGB II) (Bd. 2, S. 150-162)

Teilergebnisplan und Teilfinanzplan der Produktgruppe 0502 wurden wie vorgeschlagen beschlossen.

7.2.6 Produktgruppe 0503 - Sicherung besonderer sozialer Bedarfe (Bd. 2, S. 164-181)

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Herr Wölter (Nr. 6 der Gesamtliste):

S. 177 - Zeile 11 - Personalaufwendungen					
	Ansatz €		Planung (€)		
	2011	2012	2013	2014	2015
alt	3.897.960	4.172.790	4.339.240	4.385.260	4.319.180
neu	3.897.960	4.244.790	4.439.240	4.485.260	4.419.180
Differenz	0	72.000	100.000	100.000	100.000
Bemerkungen:					
Quartiersmanagement/Projektberatung selbständiges Wohnen (Einrichtung einer Personalstelle 'Koordinierungs- und Beratungsstelle für neue Wohn- und Pflegeformen')					

Für die Fraktion DIE LINKE. beantragte Herr Bruns, Personalkosten für eine halbe Stelle vorzusehen.

:

Nach Abschluss der Aussprache lehnte der Ausschuss den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL mit 4 Fürstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL) und 15 Gegenstimmen (CDU, SPD, FDP, DIE LINKE.) ab.

Den Antrag der Fraktion DIE LINKE. lehnte der Ausschuss mit 5 Fürstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) und 14 Gegenstimmen (CDU, SPD, FDP) ab.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL erläuterte Herr Wölter folgenden Antrag (Nr. 7 der Gesamtliste):

S. 177 - Zeile 15 - Transferaufwendungen					
	Ansatz €		Planung (€)		
	2011	2012	2013	2014	2015
alt	27.951.700	29.783.940	29.914.270	29.875.190	29.975.190
neu	27.951.700	29.883.940	30.014.270	29.975.190	30.075.190
Differenz	0	100.000	100.000	100.000	100.000
Bemerkungen:					
Münster-Pass: Erweiterung des Berechtigtenkreises und der vergünstigten Angebote					

Der Ausschuss lehnte den Antrag mit 5 Fürstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) und 14 Gegenstimmen (CDU, SPD, FDP) ab.

Für die SPD-Fraktion beantragte Frau Ganser:

Der Personenkreis der **Münster Pass**-Berechtigten wird ab Jahresbeginn 2012 um Personen mit Anspruch auf Kinderzuschlag gem. § 8a Bundeskindergeldgesetz erweitert. Den Münster-Pass erhalten auch die in ihrem Haushalt lebenden Kinder, für die Kinderzuschlag gewährt wird.

Herr Treutler skizzierte die Beschlusslage zum Münster-Pass im Zusammenhang mit der Bestimmung der Berechtigtenkreise. Er wies ferner auf die Kalkulationsprobleme insbesondere angesichts der eingeschränkten Datenlage Kinderzuschlagsberechtigter in Münster hin. Der Überblick über die Mittelabflüsse (s. oben, TOP 3.2), der frühzeitig mögliche Budgetüberschreitungen anzuzeigen in der Lage sei, weise gegenwärtig immerhin einen nennenswerten Puffer zwischen verfügbaren und verbrauchten Mitteln auf.

Daraufhin beschloss der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung mit 17 Fürstimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) und 2 Enthaltungen (FDP):

Beschluss: Der Personenkreis der Münster Pass-Berechtigten wird ab Jahresbeginn 2012 um Personen mit Anspruch auf Kinderzuschlag gem. § 8a Bundeskindergeldgesetz erweitert. Den Münster-Pass erhalten auch die in ihrem Haushalt lebenden Kinder, für die Kinderzuschlag gewährt wird.

Herr Wölter beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL (Nr. 8 der Gesamtliste):

S. 177 - Zeile 15 - Transferaufwendungen					
	Ansatz €		Planung (€)		
	2011	2012	2013	2014	2015
alt	27.951.700	29.783.940	29.914.270	29.875.190	29.975.190
neu	27.951.700	29.835.090	29.967.020	29.927.940	30.027.940
Differenz	0	51.150	52.750	52.750	52.750
Bemerkungen:					
Rücknahme der Kürzung um 1,75 % an Dritte (s. Zuschussbericht, Produktbereich 05 [Bd. 1, S. 421 f.])					

Nach Abschluss der Erörterung lehnte der Ausschuss den Antrag mit 5 Fürstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) und 14 Gegenstimmen (CDU, SPD, FDP) ab.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Frau Dr. Dieckmann (Nr. 9.1 der Gesamtliste):

S. 177 - Zeile 15 - Transferaufwendungen					
	Ansatz €		Planung (€)		
	2011	2012	2013	2014	2015
alt	27.951.700	29.783.940	29.914.270	29.875.190	29.975.190
neu	27.951.700	29.825.124	29.955.454	29.916.374	30.016.374
Differenz	0	41.184	41.184	41.184	41.184
Bemerkungen:					
Anhebung; Zuschuss für eine 0,5 Stelle Schuldnerberatung in der Beratungsstelle Münster der Verbraucherzentrale NRW in den Jahren 2012 bis 2015. Anregung Nr. 73/2011. Zuschussbericht: Bd.1, S. 421, Prod.-Bereich 05, lfd. Nr. 1					

Für die SPD-Fraktion beantragte Herr Dr. Kornblum (Nr. 9.2 der Gesamtliste):

S. 177 - Zeile 15 - Transferaufwendungen					
	Ansatz €		Planung (€)		
	2011	2012	2013	2014	2015
alt	27.951.700	29.783.940	29.914.270	29.875.190	29.975.190
neu	27.951.700	29.816.940	29.947.270	29.908.190	30.008.190
Differenz	0	33.000	33.000	33.000	33.000
Bemerkungen:					
Anhebung; Erhöhung des städtischen Zuschusses für die Verbraucherberatung Münster um 33.000 € auf 185.420 € zum Erhalt des Angebots (Schuldner- und Insolvenzberatung) der Verbraucherzentrale NRW in den Jahren 2012 bis 2015. Zuschussbericht: Bd.1, S. 421, Prod.-Bereich 05, lfd. Nr. 1					

Nach Abschluss der Erörterung lehnte der Ausschuss den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL (Nr. 9.1 der Gesamtliste) mit 5 Fürstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) und 14 Gegenstimmen (CDU, SPD, FDP) ab.

Daraufhin beschloss der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung den Antrag der SPD-Fraktion (Nr. 9.2 der Gesamtliste) mit 17 Fürstimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) und 2 Gegenstimmen (FDP) und empfahl dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

Beschluss:

S. 177 - Zeile 15 - Transferaufwendungen					
	Ansatz €		Planung (€)		
	2011	2012	2013	2014	2015
alt	27.951.700	29.783.940	29.914.270	29.875.190	29.975.190
neu	27.951.700	29.816.940	29.947.270	29.908.190	30.008.190
Differenz	0	33.000	33.000	33.000	33.000
Bemerkungen:					
Anhebung; Erhöhung des städtischen Zuschusses für die Verbraucherberatung Münster um 33.000 € auf 185.420 € zum Erhalt des Angebots (Schuldner- und Insolvenzberatung) der Verbraucherzentrale NRW in den Jahren 2012 bis 2015. Zuschussbericht: Bd.1, S. 421, Prod.-Bereich 05, lfd. Nr. 1					

Frau Ganser verwies auf folgenden Antrag (Nr. 10 der Gesamtliste):

S. 177 - Zeile 15 - Transferaufwendungen					
	Ansatz €		Planung (€)		
	2011	2012	2013	2014	2015
alt	27.951.700	29.783.940	29.914.270	29.875.190	29.975.190
neu	27.951.700	29.784.660	29.914.990	29.875.910	29.975.910
Differenz	0	720	720	720	720
Bemerkungen:					
Anhebung; Zuschuss an die Telefonseelsorge in bis 2011 geleistetem Umfang (41.000 €). Anregung Nr. 89/2011. Zuschussbericht: Bd.1, S. 421, Prod.-Bereich 05, lfd. Nr. 3					

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung schloss sich dem Antrag (Nr. 10 der Gesamtliste) mit 17 Fürstimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) und 2 Gegenstimmen (FDP) an und empfahl dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

Beschluss:

S. 177 - Zeile 15 - Transferaufwendungen					
	Ansatz €		Planung (€)		
	2011	2012	2013	2014	2015
alt	27.951.700	29.783.940	29.914.270	29.875.190	29.975.190
neu	27.951.700	29.784.660	29.914.990	29.875.910	29.975.910
Differenz	0	720	720	720	720
Bemerkungen:					
Anhebung; Zuschuss an die Telefonseelsorge in bis 2011 geleistetem Umfang (41.000 €). Anregung Nr. 89/2011. Zuschussbericht: Bd.1, S. 421, Prod.-Bereich 05, lfd. Nr. 3					

Frau Ganser erwähnte ferner folgenden Antrag des Vereins Frauenhaus und Beratung e. V. (Nr. 11 der Gesamtliste):

S. 177 - Zeile 15 - Transferaufwendungen					
	Ansatz €		Planung (€)		
	2011	2012	2013	2014	2015
alt	27.951.700	29.783.940	29.914.270	29.875.190	29.975.190
neu	27.951.700	29.791.900	29.922.230	29.883.150	29.983.150
Differenz	0	7.960	7.960	7.960	7.960
Bemerkungen:					
Anhebung; Personalkostenzuschuss für Frauenhäuser in bis 2011 geleistetem Umfang (455.000 € statt 447.040 €). Zuschussbericht: Bd.1, S. 421, Prod.-Bereich 05, lfd. Nr. 14					

Mit 17 Fürstimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) und 2 Gegenstimmen (FDP) folgte der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung

dem Antrag (Nr. 11 der Gesamtliste) und empfahl dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

Beschluss:

S. 177 - Zeile 15 - Transferaufwendungen					
	Ansatz €		Planung (€)		
	2011	2012	2013	2014	2015
alt	27.951.700	29.783.940	29.914.270	29.875.190	29.975.190
neu	27.951.700	29.791.900	29.922.230	29.883.150	29.983.150
Differenz	0	7.960	7.960	7.960	7.960
Bemerkungen:					
Anhebung; Personalkostenzuschuss für Frauenhäuser in bis 2011 geleistetem Umfang (455.000 € statt 447.040 €). Zuschussbericht: Bd.1, S. 421, Prod.-Bereich 05, lfd. Nr. 14					

Frau Ganzer machte auf folgenden Antrag aufmerksam (Nr. 13 der Gesamtliste):

S. 177 - Zeile 15 - Transferaufwendungen					
	Ansatz €		Planung (€)		
	2011	2012	2013	2014	2015
alt	27.951.700	29.783.940	29.914.270	29.875.190	29.975.190
neu	27.951.700	29.784.720	29.915.050	29.875.970	29.975.970
Differenz	0	780	780	780	780
Bemerkungen:					
Anhebung; Zuschuss an die Kinderhauser Arbeitslosen-Initiative (KAI) im bis 2011 geleisteten Umfang. Zuschussbericht: Bd.1, S. 421, Prod.-Bereich 05, lfd. Nr. 21					

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung schloss sich dem Antrag (Nr. 13 der Gesamtliste) einstimmig, bei 2 Enthaltungen (FDP), an und empfahl dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

Beschluss:

S. 177 - Zeile 15 - Transferaufwendungen					
	Ansatz €		Planung (€)		
	2011	2012	2013	2014	2015
alt	27.951.700	29.783.940	29.914.270	29.875.190	29.975.190
neu	27.951.700	29.784.720	29.915.050	29.875.970	29.975.970
Differenz	0	780	780	780	780
Bemerkungen:					
Anhebung; Zuschuss an die Kinderhauser Arbeitslosen-Initiative (KAI) im bis 2011 geleisteten Umfang. Zuschussbericht: Bd.1, S. 421, Prod.-Bereich 05, lfd. Nr. 21					

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Frau Dr. Hasenjürgen (Nr. 14 der Gesamtliste):

S. 177 - Zeile 15 - Transferaufwendungen					
	Ansatz €		Planung (€)		
	2011	2012	2013	2014	2015
alt	27.951.700	29.783.940	29.914.270	29.875.190	29.975.190
neu	27.951.700	29.823.940	29.954.270	29.915.190	30.015.190
Differenz	0	40.000	40.000	40.000	40.000
Bemerkungen:					
Anhebung (neuer Förderungsgegenstand); Zuschuss an die GGUA für deren Integrationsarbeit (Module: Schlauberger I [Lernpatenschaften], Schlauberger II [Elternarbeit] sowie 'Integration und Ehrenamt') von 40.000 € pro Jahr ab 2012. Anregung Nr. 90/2011. Zuschussbericht: Bd.1, S. 422, Prod.-Bereich 05, lfd. Nr. 33 (in dem dort ausgewiesenen Jahresbetrag von 103.360 € ist ein Zuschuss an die GGUA von 78.600 € enthalten)					

Nach Abschluss der Aussprache lehnte der Ausschuss den Antrag mit 4 Fürstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL), 14 Gegenstimmen (CDU, SPD, FDP) und 1 Enthaltung (DIE LINKE.) ab.

Frau Ganzer verwies auf folgenden Antrag (Nr. 17 der Gesamtliste):

S. 177 - Zeile 15 - Transferaufwendungen					
	Ansatz €		Planung (€)		
	2011	2012	2013	2014	2015
alt	27.951.700	29.783.940	29.914.270	29.875.190	29.975.190
neu	27.951.700	29.784.730	29.915.060	29.875.980	29.975.980
Differenz	0	790	790	790	790
Bemerkungen:					
Anhebung; Zuschuss für die Beratungsstellen des Vereins Frauenhaus und Beratung e. V. sowie des SKF in bis 2011 geleistetem Umfang (45.000 € statt 44.210 € für beide Beratungsstellen für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder in Münster). Zuschussbericht: Bd.1, S. 422, Prod.-Bereich 05, lfd. Nr. 35					

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung schloss sich dem Antrag (Nr. 17 der Gesamtliste) einstimmig, bei 2 Enthaltungen (FDP), an und empfahl dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

Beschluss:

S. 177 - Zeile 15 - Transferaufwendungen					
	Ansatz €		Planung (€)		
	2011	2012	2013	2014	2015
alt	27.951.700	29.783.940	29.914.270	29.875.190	29.975.190
neu	27.951.700	29.784.730	29.915.060	29.875.980	29.975.980
Differenz	0	790	790	790	790
Bemerkungen:					
Anhebung; Zuschuss für die Beratungsstellen des Vereins Frauenhaus und Beratung e. V. sowie des SKF in bis 2011 geleistetem Umfang (45.000 € statt 44.210 € für beide Beratungsstellen für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder in Münster). Zuschussbericht: Bd.1, S. 422, Prod.-Bereich 05, lfd. Nr. 35					

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL erläuterte Herr Wölter folgenden Antrag (Nr. 18 der Gesamtliste):

S. 177 - Zeile 15 - Transferaufwendungen					
	Ansatz €		Planung (€)		
	2011	2012	2013	2014	2015
alt	27.951.700	29.783.940	29.914.270	29.875.190	29.975.190
neu	27.951.700	29.823.940	29.954.270	29.915.190	29.975.190
Differenz	0	40.000	40.000	40.000	0
Bemerkungen:					
Mehrgenerationenhaus , Neuförderung					

Frau Ganzer unterstrich namens der SPD-Fraktion die Kritik an der in Aussicht gestellten Einstellung der Förderung des Mehrgenerationenhauses in Trägerschaft der Apostelkirchengemeinde. Die Verwaltung möge das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nachdrücklich auffordern, die Förderung über 2011 hinaus fortzusetzen. Herr Stadtrat Paal stellte in Aussicht, die Verwaltung werde sich dazu unverzüglich an das Bundesministerium mit der Bitte wenden, bis zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften am 07.12.2011 zu antworten; die Verwaltung werde auch die Münsteraner Mitglieder des Deutschen Bundestages um Unterstützung ersuchen.

Daraufhin zog Herr Wölter den Antrag zunächst zurück.

Im Übrigen wurden Teilergebnisplan und Teilfinanzplan der Produktgruppe 0503 wie vorgeschlagen beschlossen.

7.2.7 Produktgruppe 0701 - Gesundheitsdienste (Bd. 2, S. 272-284)

Frau Ganzer beantragte für die SPD-Fraktion, folgende Empfehlung an den Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung zu richten (Nr. 19 der Gesamtliste):

S. 281 - Zeile 11 - Personalaufwendungen					
	Ansatz €		Planung (€)		
	2011	2012	2013	2014	2015
alt	4.174.050	4.378.600	4.422.300	4.462.950	4.455.550
neu	4.174.050				
Differenz	0				
Bemerkungen:					
Neu: 0,5 Stelle Betriebsärztin , Sperrung der Stelle und Überprüfung, ob Vergabe an private Dienstleister günstiger ist (Entsperrung durch den Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung nach Berichterstattung im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung)					

Nach kurzer Aussprache schloss sich der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung dem Antrag (Nr. 19 der Gesamtliste) einvernehmlich an und empfahl dem Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung, dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

Beschluss:

S. 281 - Zeile 11 - Personalaufwendungen					
	Ansatz €		Planung (€)		
	2011	2012	2013	2014	2015
alt	4.174.050	4.378.600	4.422.300	4.462.950	4.455.550
neu	4.174.050				
Differenz	0				
Bemerkungen:					
Neu: 0,5 Stelle Betriebsärztin, Sperrung der Stelle und Überprüfung, ob Vergabe an private Dienstleister günstiger ist (Entsperrung durch den Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung nach Berichterstattung im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung)					

Für die CDU-Fraktion beantragte Herr Wolfgarten, folgende Empfehlung an den Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung zu richten (Nr. 20 der Gesamtliste):

S. 281 - Zeile 11 - Personalaufwendungen					
	Ansatz €		Planung (€)		
	2011	2012	2013	2014	2015
alt	4.174.050	4.378.600	4.422.300	4.462.950	4.455.550
neu	4.174.050			4.462.950	4.455.550
Differenz	0			0	0
Bemerkungen:					
Neu: 1,0 Stelle Sachbearbeiter/in Hygiene und Infektionsschutz: befristet auf 2 Jahre (Evaluation der Aufgabenwahrnehmung)					

Nach kurzer Aussprache verständigte sich der Ausschuss einvernehmlich, dass die Fraktionen die Frage der Befristung bis zur Sitzung des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung noch einmal vertiefen; der Antrag wurde einvernehmlich in den Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung geschoben.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL erläuterte Herr Wölter folgenden Antrag (Nr. 21 der Gesamtliste):

S. 281 - Zeile 15 - Transferaufwendungen					
	Ansatz €		Planung (€)		
	2011	2012	2013	2014	2015
alt	4.069.690	4.056.130	4.056.130	4.056.130	4.056.130
neu	4.069.690	4.070.030	4.070.030	4.070.030	4.070.030
Differenz	0	13.900	13.900	13.900	13.900
Bemerkungen:					
Rücknahme der Kürzung um 1,75 % an Dritte (s. Zuschussbericht, Produktbereich 07 [Bd. 1, S. 426])					

Nach kurzer Erörterung des Anliegens lehnte der Ausschuss den Antrag mit 5 Fürstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) und 14 Gegenstimmen (CDU, SPD, FDP) ab.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL erläuterte Herr Wölter ferner folgenden Antrag (Nr. 23.1 der Gesamtliste):

S. 281 - Zeile 15 - Transferaufwendungen					
	Ansatz €		Planung (€)		
	2011	2012	2013	2014	2015
alt	4.069.690	4.056.130	4.056.130	4.056.130	4.056.130
neu	4.069.690	4.097.880	4.097.880	4.097.880	4.097.880
Differenz	0	41.750	41.750	41.750	41.750
Bemerkungen:					
Anhebung; Zuschuss an die AidsHilfe Münster e. V. von 188.760 € pro Jahr ab 2012. Anregung Nr. 103/2011. Zuschussbericht: Bd.1, S. 426, Prod.-Bereich 07, lfd. Nr. 7					

Für die SPD-Fraktion beantragte Frau Ganser (Nr. 23.2 der Gesamtliste):

S. 281 - Zeile 15 - Transferaufwendungen					
	Ansatz €		Planung (€)		
	2011	2012	2013	2014	2015
alt	4.069.690	4.056.130	4.056.130	4.056.130	4.056.130
neu	4.069.690	4.081.130	4.081.130	4.081.130	4.081.130
Differenz	0	25.000	25.000	25.000	25.000
Bemerkungen:					
Anhebung; Zuschuss an die AidsHilfe Münster e. V. um 25.000 € auf 172.010 € pro Jahr ab 2012. Zuschussbericht: Bd.1, S. 426, Prod.-Bereich 07, lfd. Nr. 7					

Den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL (Nr. 23.1 der Gesamtliste) lehnte der Ausschuss mit 5 Fürstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) und 14 Gegenstimmen (CDU, SPD, FDP) ab.

Daraufhin beschloss der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung den Antrag der SPD-Fraktion (Nr. 23.2 der Gesamtliste) einstimmig und empfahl dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

Beschluss:

S. 281 - Zeile 15 - Transferaufwendungen					
	Ansatz €		Planung (€)		
	2011	2012	2013	2014	2015
alt	4.069.690	4.056.130	4.056.130	4.056.130	4.056.130
neu	4.069.690	4.081.130	4.081.130	4.081.130	4.081.130
Differenz	0	25.000	25.000	25.000	25.000
Bemerkungen:					
Anhebung; Zuschuss an die AidsHilfe Münster e. V. um 25.000 € auf 172.010 € pro Jahr ab 2012. Zuschussbericht: Bd.1, S. 426, Prod.-Bereich 07, lfd. Nr. 7					

Herr Wölter beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL (Nr. 24 der Gesamtliste):

S. 281 - Zeile 15 - Transferaufwendungen					
	Ansatz €		Planung (€)		
	2011	2012	2013	2014	2015
alt	4.069.690	4.056.130	4.056.130	4.056.130	4.056.130
neu	4.069.690	4.068.130	4.068.130	4.068.130	4.068.130
Differenz	0	12.000	12.000	12.000	12.000
Bemerkungen:					
Zielgruppenspezifische Projekte für Kinder aus sozial benachteiligten Familien (Quartierskonzepte)					

Nach kurzer Aussprache lehnte der Ausschuss den Antrag mit 5 Fürstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) und 14 Gegenstimmen (CDU, SPD, FDP) ab.

Im Übrigen wurden Teilergebnisplan und Teilfinanzplan der Produktgruppe 0701 wie vorgeschlagen beschlossen.

7.2.8 Produktgruppe 1003 - Wohnen (Bd. 2, S. 358-366)

Für die SPD-Fraktion beantragte Herr Dr. Kornblum, folgende Empfehlung an den Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung zu richten (Nr. 27 der Gesamtliste):

S. 363 - Zeile 11 - Personalaufwendungen					
	Ansatz €		Planung (€)		
	2011	2012	2013	2014	2015
alt	1.404.390	1.482.800	1.555.960	1.572.340	1.558.500
neu	1.404.390				
Differenz	0				
Bemerkungen:					
1,0 Stelle Belegungsmanagement; Umsetzung des Konzepts (Vorlage V/0363/2010)					

Nach kurzer Aussprache schloss sich der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung dem Antrag (Nr. 27 der Gesamtliste) einstimmig an und empfahl dem Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung, dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

Beschluss:

S. 363 - Zeile 11 - Personalaufwendungen					
	Ansatz €		Planung (€)		
	2011	2012	2013	2014	2015
alt	1.404.390	1.482.800	1.555.960	1.572.340	1.558.500
neu	1.404.390				
Differenz	0				
Bemerkungen:					
1,0 Stelle Belegungsmanagement; Umsetzung des Konzepts (Vorlage V/0363/2010)					

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL erläuterte Herr Wölter folgenden Antrag (Nr. 28 der Gesamtliste):

S. 363 - Zeile 15 - Transferaufwendungen					
	Ansatz €		Planung (€)		
	2011	2012	2013	2014	2015
alt	352.500	352.460	352.460	352.460	352.460
neu	352.500	500.000	500.000	500.000	500.000
Differenz	0	147.540	147.540	147.540	147.540
Bemerkungen:					
Förderung Altbausanierung , Klimaschutzkonzept					

Herr Stadtrat Paal machte darauf aufmerksam, dass der Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen Beratung des Programmansatzes in der Sache zuständig sei; die parallele Beratungszuständigkeit des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung sei dem Umstand geschuldet, dass für die Mittelbewirtschaftung das Amt für Wohnungswesen verantwortliche Dienststelle sei.

Daraufhin zog Herr Wölter den Antrag mit dem Hinweis zurück, dass ihn seine Fraktion in der Etatsitzung des Ausschusses für Umweltschutz und Bauwesen erneut stellen werde.

Im Übrigen wurden Teilergebnisplan und Teilfinanzplan der Produktgruppe 0701 wie vorgeschlagen beschlossen.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0514/2011**

**Angebote des Amtes für Schule und Weiterbildung
im Übergang Schule - Beruf und Lebenslanges
Lernen**

Frau Dr. Ringbeck erläuterte den Bericht und beantwortete Nachfragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0829/2011**

Maßregelvollzug in Nordrhein-Westfalen

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 10 der Tagesordnung
V/0570/2011**

**Flüchtlinge in Münster - zum Stand des Münsteraner
Flüchtlingskonzepts / Antrag der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen/GAL vom 07.07.2011**

Frau Dr. Hasenjürgen würdigte den Bericht als aussagekräftige Grundlage für die weitere politische Begleitung des Flüchtlingskonzepts und dankte der Verwaltung namens ihrer Fraktion für die Vorlage.

Frau Jostameling und Herr Willamowski beantworteten Nachfragen der Mitglieder.

Herr Willamowski stellte in Aussicht, den Ausschuss in seiner kommenden Sitzung über die tatsächliche Belegung der städtischen Wohnheime zu unterrichten.

**Punkt 11 der Tagesordnung
V/0351/2011**

**Abschluss öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen
mit dem Kreis Recklinghausen und der Stadt Düsseldorf zur Übertragung der Erteilung der allgemeinen Heilpraktikererlaubnis und der eingeschränkten Heilpraktikererlaubnisse in den Bereichen Psychotherapie und Physiotherapie**

Ohne Aussprache schloss sich der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung dem Beschlussvorschlag der Vorlage einstimmig an und empfahl dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

I. Sachentscheidung:

Der Übertragung

- der Erteilung der allgemeinen Heilpraktikererlaubnis und der eingeschränkten Heilpraktikererlaubnis im Bereich „Psychotherapie“ incl. der zugehörigen Kenntnisprüfung auf den Kreis Recklinghausen und
- der Erteilung der eingeschränkten Heilpraktikererlaubnis im Bereich „Physiotherapie“ incl. der zugehörigen Kenntnisprüfung auf die Landeshauptstadt Düsseldorf

auf Grundlage der beigelegten Entwürfe der öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen wird zugestimmt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen keine Kosten für die Übertragung der Aufgaben auf den Kreis Recklinghausen und die Stadt Düsseldorf. Die im Rahmen der Aufgabenerledigung anfallenden gesetzlich festgelegten Gebühren für die Kenntnisprüfung sowie die Erlaubniserteilung stehen dem Kreis Recklinghausen und der Stadt Düsseldorf als Ausgleich für die entstehenden Verwaltungskosten in voller Höhe zu.

**Punkt 12 der Tagesordnung
V/0721/2011**

**Organspende rettet Leben - Münster unterstützt
Organspende**

Auf Bitte der FDP-Fraktion wurde die Vorlage wurde einvernehmlich von der Tagesordnung abgesetzt.

Punkt 13 der Tagesordnung**Verschiedenes**

Frau Ganser würdigte Frau Gisela Holtz' kommunalpolitisches Engagement. Frau Holtz werde in Kürze aus dem Rat ausscheiden. Seit 1994 habe sie u. a. im Rat, in mehreren Ausschüssen sowie in der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen mitgewirkt. Frau Ganser wies darauf hin, dass Frau Holtz zeitweise den Vorsitz dieses Fachausschusses sowie den der früheren Kommission zur Unterbringung von Aussiedlern, Asylbewerbern und ausländischen Flüchtlingen inne gehabt habe, und bedankte sich für die geleistete Arbeit. Sie bat die anwesenden Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, den Dank des Ausschusses an Frau Holtz zu übermitteln. Die Mitglieder applaudierten.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

gez.
Beanka Ganser
Vorsitz

gez.
Frank Treutler
Schriftführung